

# Land wagt weniger Bürokratie

Abschlussbericht von Staatssekretär Klaus Schlie liegt vor – doch das Kabinett hat noch nicht beraten

**Kiel – Klaus Schlie hat seinen Abschlussbericht zum Bürokratieabbau vorgelegt. Doch er selbst und Ministerpräsident Peter Harry Carstensen hüllten sich in Schweigen, wenn bei dem Pressegespräch die Fragen allzu konkret wurden.**

Von Uta Wilke

Der Grund: Das Kabinett hat noch nicht beraten. Carstensen wusste aber gestern schon, dass das Werk das „weitestreichende Ergebnis“ einer Landesregierung beim Bürokratieabbau seit Jahrzehnten sei. „Wir wollen die Personalkosten senken, die mit etwas weniger als 40 Prozent der größte Ausgabenblock sind.“ Was er nicht sagte: Das Konzept erreicht das Ziel, auf längere Sicht 2000 Stellen in der Landesverwaltung einzusparen, nicht. Nach Informationen der Kieler Nachrichten könnten lediglich 569 Stellen durch Aufgabenverzicht wegfallen. Den Abbau weiterer 84 Stellen hält Schlie durch Prozessoptimierung für möglich. 1222 Stellen – vor allem aus nachge-

ordneten Landesbehörden – sollen dem Vernehmen nach auf die kommunale Ebene verlagert werden, wobei den Kreisen und kreisfreien Städten nach dem Konnexitätsprinzip Kostenerstattung zusteht.

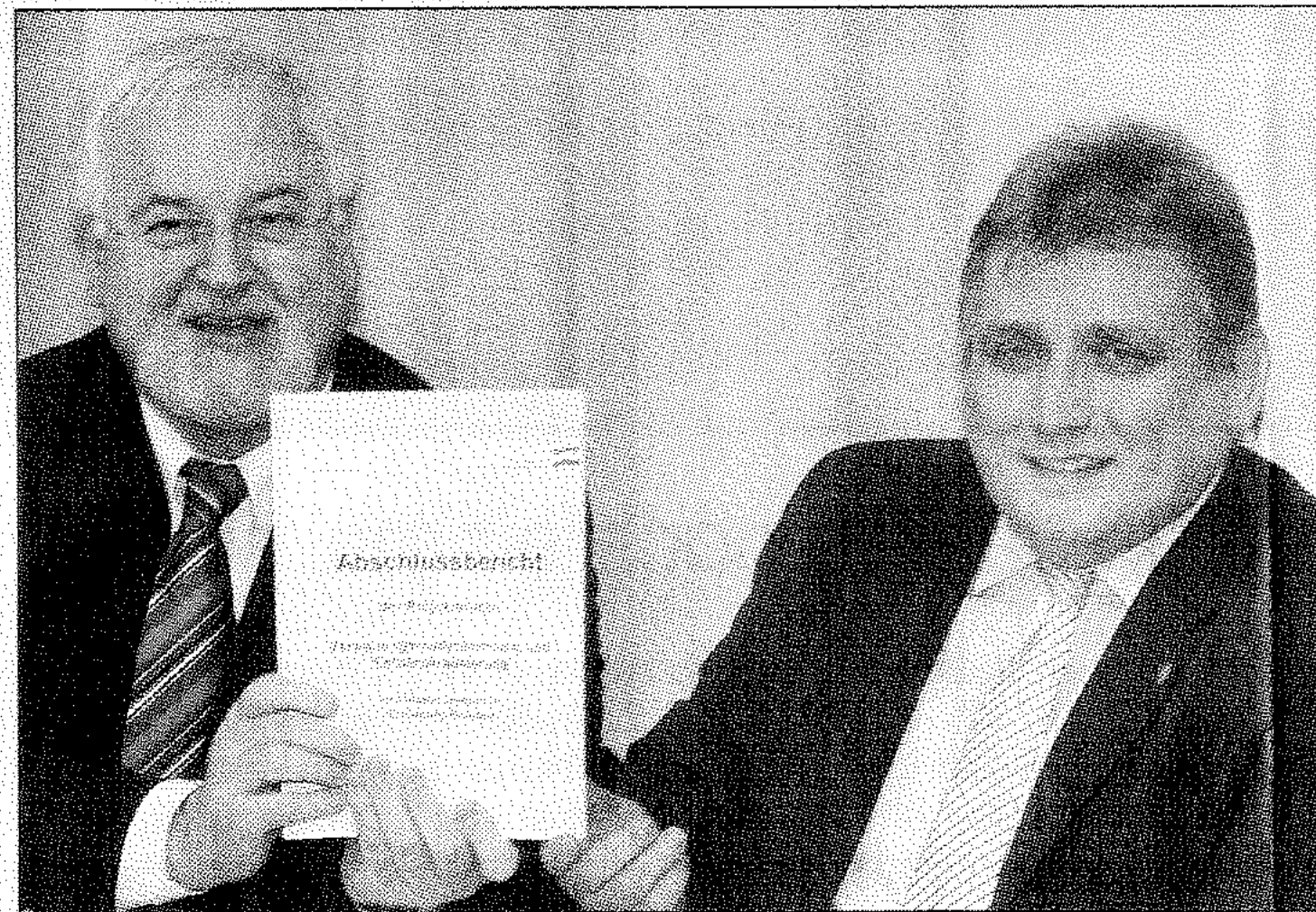
„Unsere Vorschläge führen schon jetzt zur konsequentesten Straffung der Verwaltung, die es jemals gegeben hat“, sagte der im Finanzministerium angesiedelte Entbürokra-

tisierungsstaatssekretär. Sein Bericht nenne 95 Vorschläge für vollständigen oder teilweisen Aufgabenverzicht, 50 Vorschläge für Aufgabenverlagerung auf Dritte, 66 Vorschläge für Aufgabenverlagerung auf Kommunen, 195 Vorschläge für Prozessoptimierung und 454 Aufgaben, die auf Optimierungspotenzial näher untersucht würden.

Auch wenn Carstensen zu

den Eckpunkten des Konzepts noch nichts sagen wollte, machte er deutlich, dass er bei Streitigkeiten Schlies „sehr weitgehende Vorschläge“ unterstützen wird. „Wir wollen umsetzen“, erklärte der Regierungschef. Innenminister Ralf Stegner, der bis spätestens April auf Grundlage des Berichts den zweiten Teil seiner Verwaltungsstrukturreform erarbeiten will, wurde noch

deutlicher. Er sei sich mit dem Finanzminister in der Sache einig. Auseinandersetzungen werde es aber vermutlich mit Landwirtschafts- und Umweltminister Christian von Boetticher geben. Stegner drängte: „Es darf nicht gewackelt werden.“ Und: „Ich kann die Landräte nicht dazu bringen, sich zu bewegen, wenn das Land selbst zurückzuckt.“ Sollten wesentliche Teile der Umweltverwaltung beim Land bleiben, „springen die Kreise und kreisfreien Städte ab.“ Vor allem unter den CDU-Kommunalpolitikern hat es Gemurre über die Verwaltungsstrukturreform aus dem Innenministerium gegeben. Teil eins besagt, dass künftig kommunale Verwaltungen mindestens 8000 Einwohner betreuen müssen. Mit Teil zwei will Stegner die Aufgabenübertragung vom Land auf vier bis fünf kommunale Verwaltungsregionen regeln. Es werde Schluss damit gemacht, Dinge durch drei Instanzen prüfen zu lassen: durch das Land, eine nachgeordnete Behörde und die Kommune. Künftig gelte: „Ein Thema, eine Behörde.“



Präsentierten den Abschlussbericht, wichen aber konkreten Fragen – noch – aus: Ministerpräsident Peter Harry Carstensen und Staatssekretär Klaus Schlie.



Stellt sich bereits auf Auseinandersetzungen ein: Innenminister Ralf Stegner.

KN, 6.01.06, S. 14